

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 34. Sitzung des Ausländerbeirates (AB/034/2014)

am Dienstag, 10. Juni 2014,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Marc Lalonde

CDU-Fraktion

Angelika Malberg

Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

Hans-Jürgen Muskulus

Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Richard Kaniewski

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

ausländische Mitglieder

Emiliano Chaimite

Ana Contreras

Thanh An Hoang

Prof. Anthony Arie Hyman

German Levenfus

Dr. Asad Mamedow

Metin Özbingöl

Dr. Yuriy Tsoglin

Yujie Yao

Abwesend:

CDU-Fraktion

Elke Fischer

Fraktion Bündnis Freie Bürger

Franz-Josef Fischer

ausländische Mitglieder

Mikhail Zakarov

Verwaltung:

Frau Winkler

Frau Dr. Cordts, Susanne

Herr Bauer

INAUSLB / GB 5

GB 5 / Sozialamt

GB 5 / Sozialamt

Gäste:

Frau Grun

Herr Baer

Herr Engemaier

Herr Bui Truong Binh

Frau Dorst

Herr Vincze

Frau Lindner

Herr Dr. Jinah

Herr Magazanik

GAGFAH

GAGFAH

Piraten Dresden

Vietnamesen e. V.

privat

privat

privat / Nampf

PRSV

privat

Schriftführer/-in:

Frau Vetter, B.

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 GAGFAH - Möglichkeiten für Migranten-/innen einen Sender in der jeweiligen Muttersprache zu empfangen
- 2 Ausländisches Personal im Gesundheitswesen
- 3 Vorstellung eines ausländischen Vereins
- 4 Auswertung der Wahl des Ausländerbeirates
- 5 Bericht über zwei Asylbewerberheime
- 6 Vorbereitung "Runder Tisch Asyl"
- 7 Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Dresden **V2738/14
beratend**
- 8 Errichtung eines Wohnheimes für besondere Bedarfsgruppen als öffentliche Einrichtung gemäß § 7 Absatz 4 Buchstabe I der Hauptsatzung i. V. m. § 10 Abs. 2 SächsGemO (Sächsische Gemeindeordnung) im Objekt "Leipziger Straße 169" in 01139 Dresden, Gemarkung Trachau, Flurstück Nr. 99 **V2755/14
beratend**
- 9 Informationen/Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Herr Lalonde eröffnet die 34. Sitzung des Ausländerbeirates. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht. Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden vertagt. Es wird folgende geänderte Tagesordnung vorgeschlagen:

1. TOP 7 > V2738/14
2. GAGFAH
3. TOP 4 > Auswertung der Wahl des Ausländerbeirates
4. TOP 5 > Bericht über zwei Asylbewerberheime
5. TOP 6 > Vorbereitung „Runder Tisch Asyl“
6. TOP 8 > V2755/14
7. TOP 9 > Information/Sonstiges

Der geänderten Tagesordnung wird **einstimmig** zugestimmt.

1 GAGFAH - Möglichkeiten für Migrantinnen/-innen einen Sender in der jeweiligen Muttersprache zu empfangen

Herr Lalonde schildert kurz das Problem, was in der letzten Sitzung des Ausländerbeirates durch einen ausländischen Bürger hervorgebracht worden ist. Hierbei ging es darum, dass durch die GAGFAH als Vermieter das Anbringen einer Satellitenanlage durch Anbohren an den Balkonwänden nicht gestattet und diese wieder zu entfernen seien.

Es habe bei diesem Mieter die Aufforderungen gegeben, die Satellitenanlage wieder abzubauen, obwohl beim Einzug die Löcher bereits vorhanden gewesen seien. Auch sei der Eindruck entstanden, dass das nicht für alle Mieter gelte, da sich weiterhin Satellitenanlagen auf den Balkonen befänden.

Nun wolle man wissen, wie sich die offizielle Position der GAGFAH zu diesem Thema verhalte.

Herr Baer (GAGFAH) kann dazu sagen, dass seit vielen Jahren mit der Telecolumbus ein großer Fernseh-Versorgungsvertrag geschlossen wurde und an den sei man gebunden. Die Fernsehprogramme erhalte man entweder direkt über Telecolumbus oder das Signal werde über Kabel Deutschland eingekauft. Es gebe abgeschlossene Rahmenbedingungen, welche der Telecolumbus ein Exklusivrecht zusichere, mit der Versorgung der GAGFAH Bestände.

Der einzelne Mieter erhalte ein ausreichendes Angebot, auch an muttersprachlichen Sendern. Er habe in der Regel die Möglichkeit, zusätzliche Leistungen zu beauftragen bzw. zusätzliche ausländische Fernsehprogramme zu empfangen. Das gelte für einen Großteil aller Länder. Habe der Provider oder Dienstleister keine Möglichkeit ein entsprechendes Programm einzuspeisen, aufgrund von komplizierten Urheberrechten und Vergütungsregelungen, dann werde über Ersatzlösungen nachgedacht.

In der Vergangenheit seien viele Anlagen ohne Rücksprache und Einverständnis des Eigentümers angebracht worden. Es seien, sowohl im Bereich der Fenster, der Türen und an den Fassaden, große Schäden entstanden. Um dies in Zukunft zu vermeiden, sei man mit den Mietern im Gespräch und es werde versucht, diese Satellitenanlagen zurückzubauen. Gleichzeitig werde an die zusätzlichen Angebote der Dienstleister verwiesen. Es solle in keinem Fall den Mietern untersagt werden ein entsprechendes Fernsehprogramm sehen zu wollen. Dennoch müssten in erster Linie die Möglichkeiten des Vertragspartners geprüft werden.

Herr Lalonde benennt im Einzelnen das Angebot für den Sender Turkmenistan, welcher bei der Telecolumbus nicht angeboten werde und er wolle wissen, ob in diesem Fall eine Satellitenanlage genehmigt werde.

Herr Baer konstatiert, wenn Telecolumbus allgemein einen Sender nicht anbieten könne, werde zusammen mit den Mietern nach einer Lösung gesucht. Das bedeute nicht gleichzeitig, dass diesen Mietern dann erlaubt werde, eine Satellitenanlage an der Fassade zubefestigen. Im Einzelfall werde eine technische Variante geprüft, inwieweit der Anbau einer Anlage die optische Erscheinung eines Gebäudes beeinträchtigen würde bzw. müsse das Gefährdungsrisiko aus Verkehrssicherungspflichten zweifelsfrei ausgeräumt sein.

Herr Levenfus habe es so verstanden, dass die private Satellitenanlage generell nicht genutzt werden dürfe. Durch den Anbieter Telecolumbus werde monatlich eine Gebühr in Höhe von ca. 10,00 Euro erhoben. Wenn man zusätzliche Sender in der jeweiligen Muttersprache wünsche, erhöhe sich jedoch der monatliche Betrag und das sei für die meisten ausländischen Kunden privat nicht leistbar. Hier könne man sich bei der Lösungssuche die Möglichkeit eines Gutscheines über die GAGFAH vorstellen.

Herr Baer erläutert, dass die GAGFAH nur ein Teil dieser Vertragsgestaltung sei. Man werde mit der Telecolumbus Kontakt aufnehmen und über eine mögliche Beteiligung bzw. über Sonderkonditionen sprechen. Voraussetzungen seien auch die technischen Gegebenheiten.

Als Vermieter werde man sich jedoch generell gegen eine Anbringung an der Fassade aussprechen.

Herr Dr. Tsoglin ist über die Situation erstaunt. Jedem Mieter mit ausländischer Herkunft sollte die Freiheit eingeräumt werden, alle Sender seines Heimatlandes zu empfangen, um sich ausreichend informieren zu können. Er denke dabei ganz besonders gerade auch an die ältere Generation und er vertritt die Meinung, dass durch die Einstellung der GAGFAH, keine Satellitenanlagen zu erlauben, die ausländischen Bürger mit aller Gewalt eingeschränkt seien. Anstelle von Verboten solle gemeinsam über Alternativen und Angebote nachgedacht werden. Von technischer Seite her sehe er die wenigsten Probleme.

Herr Baer informiert noch einmal darüber, wie in der Wohnungswirtschaft solche Themen allgemein behandelt werden, und bezieht sich auf das, was er am Anfang über abgeschlossene Verträge, hier mit der Telecolumbus, gesagt habe. Er betont, dass im Wohnungsbau, durch die Einrichtung einer technischen Infrastruktur und die Grundversorgung vonseiten der Kabelanbieter eine Grundvoraussetzung geschaffen worden sei, um die Wohnungen zu vermieten. Das bedarf im Vorfeld vertraglicher Vereinbarungen und mit diesen sei man an Regeln gebunden. Wenn durch den Anbieter die Leistungen erbracht werden, dann erwarte man als GAGFAH die Nutzung dieser von seinen Kunden.

Herr Dr. Tsoglin wirft ein, dass man aber z. B. bei Stromanbietern selber wählen könne, welchen man nutzen wolle.

Hier erwidert **Herr Baer**, dass diese Märkte unterschiedlich reguliert seien. Wenn es diese Regulierung nicht gibt, gebe es die sogenannte Vertragsfreiheit, welche in allen Fällen gegeben sei. Jeder einzelne Mieter könne einen Einzelvertrag mit dem Anbieter abschließen, zahle dann aber für diesen Standardvertrag einen höheren monatlichen Betrag.

Herr StR Hoffsommer möchte wissen, wenn die Grundversorgung gewährleistet sei und dennoch ein einzelner Sender eines bestimmten Herkunftslandes nicht empfangen werden könne, ob sich die GAGFAH in solchen Fällen dem Kunden gegenüber gesprächsbereit zeige.

Auch interessiert ihn, ob der Mieter bei Abschluss eines Mietvertrages, über die Möglichkeit informiert werde, dass bei Bedarf, jederzeit mit der GAGFAH über eine Lösung gesprochen

werden könne, oder gebe es diese Informationen nicht, um die dann zu erwartenden Anfragen im Rahmen zu halten.

Herr Baer erwidert, dass vertraglich festgehalten sei, wozu sich der Mieter verpflichte. Es gebe ebenfalls genügend Informationsmaterial von Telecolumbus, welche in den Mieterbüros ausliegen. Da sei ausreichend aufgeführt, welche Sender im Standardtarif angeboten werden bzw. welche weiteren Sender zu Verfügung stünden.

In den Mieterbüros könne sich jeder Mieter mit seinen Wünschen an die jeweiligen Mitarbeiter wenden und er habe den Eindruck, dass sich Mieter mit Forderungen nicht zurückhaltend zeigen.

Herr An versteht, dass die GAGFAH froh sei, wenn alle Wohnungen vermietet werden. Weiter gebe es den Exklusivvertrag mit der Telecolumbus und andere Möglichkeiten, weitere Sender zu empfangen seien nicht eingeräumt. Wenn aber bekannt sei, dass an einigen Wohnungen Satellitenanlagen vorhanden seien und andere diese abbauen mussten oder aufgefordert seien, diese noch zu entfernen, gehe es eindeutig darum, dass sich die Mieter gleichberechtigt fühlen sollten.

Auch sei von der GAGFAH signalisiert worden, dass man zu jeder Zeit Probleme und Wünsche an sie herantragen und darüber reden könne. Hier stelle sich die Frage, warum das noch nicht einheitlich geregelt sei.

Herr Baer erwidert, dass dieses Thema in Dresden nicht nur die GAGFAH betreffe. Es gebe genügend private Vermieter, Genossenschaften u. a., wo man ähnliche Verträge geschlossen habe. Das Problem der Freigabe liege darin begründet, dass wenn der Eigentümer mit einem Anbieter einen Vertrag abschließt, dann kann für das Objekt nur die Leistung dieses Anbieters genutzt werden. Es werde daran gearbeitet, ähnlich wie bei den Stromanbietern, dass zu regulieren und getrennt anzubieten.

Was die angesprochene Diskriminierung einzelner Kunden betreffe, wiederhole er, dass nicht alle Anlagen mit dem Einverständnis des Vermieters angebracht worden seien. Gegenwärtig prüfe man alle Bestände und wolle aufdecken, wo Anlagen vertragswidrig bzw. vertragsgemäß angebracht worden seien. In diesem Zusammenhang sei man bereit, mit jedem Einzelnen, welcher einen Rechtsanspruch habe einen Spiegel anzubringen, über die technische Umsetzung zu reden. In den anderen Fällen greife man auf das bestehende Vertragsverhältnis zurück.

Herr Özbingöl fragt in Bezug auf den Anbieter, ob man über die Möglichkeit einer erweiterten, flexibleren Paketzusammenstellung nachgedacht habe.

Herr Baer nehme die Anregung sehr gerne mit und er werde sich mit der Geschäftsführung der Telecolumbus zusammensetzen und erörtern, inwiefern eine Ausdehnung des bestehenden Angebotes möglich sei.

Herr Levenfus sei sehr dankbar, dass vonseiten des Jobcenters und des Sozialamtes die monatlichen Kosten in Höhe von 9,95 Euro für Bedürftige übernommen werden. Er wolle ergänzend hinzufügen, ob besonders für behinderte und alte Mieter, wo ein Hartz IV Bescheid vorliege, mit einem großen Unternehmen wie der Telecolumbus über die Möglichkeit in Form eines Gutscheines geredet werden könne.

Herr Baer werde auch diesen Vorschlag mitnehmen und er werde versuchen diese Anregungen der Telecolumbus nahezubringen.

Für **Herrn Dr. Tsoplin** sei nicht nachzuvollziehen, dass die Stadt Dresden viel Geld aus öffentlichen Mitteln für Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung stelle, damit sich die Menschen hier wohlfühlen. Er frage sich, warum keine technische Lösung gefunden werde, damit gerade den älteren Leuten mit Migrationshintergrund die Freiheit geboten werden kön-

ne, sich über das Mutterland in der jeweiligen Sprache zu informieren. Wenn kein Weg gefunden werde, biete er auch seine Hilfe für die Lösung des Problems an.

Herr Dr. Mamedow könne aus beruflichen Erfahrungen heraus sagen, dass die Möglichkeit, spezielle Sender nicht empfangen zu können, nicht nur ein Problem mit der GAGFAH als Vermieter darstelle. Es gebe mehrere hier lebende Menschen, aus verschiedenen Nationen, die mit diesem Anliegen an ihn herangetreten seien und es gebe eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, welche besage, dass es ein Grundrecht jeden Bürgers sei, sich über die Nachrichten aus dem Heimatland zu informieren. Mit den zwei oder drei angebotenen Sendern sei dem Grundrecht nicht genüge getan, besonders wenn es sich dabei nur um die offiziellen staatlichen Sender handele. Auch er bitte darum, sich der Thematik anzunehmen.

Es gibt keine weiteren Fragen und **Herr Lalonde** bedankt sich im Namen des Beirates für die Informationen.

2 Ausländisches Personal im Gesundheitswesen

Vertagung

3 Vorstellung eines ausländischen Vereins

Vertagung

4 Auswertung der Wahl des Ausländerbeirates

Herr Lalonde berichtet anhand einer Präsentation, die der Niederschrift beigelegt wurde, über die Wahl des Ausländerbeirates Dresden vom 25. Mai 2014.

Die Wahlbeteiligung gegenüber der Wahl von 2009 habe sich erhöht, dennoch sei das Ziel, 20 % Beteiligung, komplett verfehlt worden. Ärgerlich war auch, dass bei mindestens zwei Kandidaten es Fehler auf den Wahlzetteln gegeben habe. Auch seien Kandidaten angetreten, welche nicht wussten, dass sie sich mit der Unterschrift zur Wahl gestellt hatten.

Insgesamt werde man die Erfahrung zur nächsten Wahl mitnehmen. Er informiert, dass ab November 2014 eine AG-Wahl 2019, in Zusammenarbeit mit dem Bürgeramt gegründet werde, um die Wahlordnung bzw. die Wahlbeteiligung zu verbessern.

Herr Chaimite fragt, ob die schlechte Wahlbeteiligung in Dresden-Süd in der Briefwahl bzw. in der Direktwahl begründet liege. Er könne sich vorstellen, dass sich viele Studenten an dem Wochenende außerhalb von Dresden aufgehalten haben.

Herr Lalonde gehe davon aus, dass eher die deutschen Studenten nicht in Dresden waren, als die ausländischen.

Herr Prof. Hyman vermutet, dass es daran liegen könne, dass dort überwiegend junge Leute vertreten seien und diese es allgemein nicht für so wichtig halten, wählen zu gehen.

Herr Dr. Tsoglin bezieht sich auf seine erreichten Wahlergebnisse. Er müsse deutlich sagen, dass er viel Stimmen verloren habe und er führt das auf das falsch angegebene Herkunftsland zurück. Er habe im Vorfeld darauf hingewiesen, es sei aber nicht korrigiert worden.

Mit Nachdruck weist er darauf hin, dass Wahlplakate bzw. Wahlzettel korrekt erstellt werden müssten. Auch sei er nur als Rentner aufgeführt und welche Tätigkeiten er mit seinem bürgerschaftliches Engagement für Dresden ausübe, seien nicht erwähnt. Diese Informationen halte er, in Bezug auf die Wahl für einen öffentlichen Beirat, sehr wichtig.

Er sei enttäuscht und er überlege, ob er die Wahlergebnisse anerkenne oder nicht.

Herr Lalonde merkt an, dass er auch erstaunt gewesen sei, dass als Herkunftsland die russische Föderation benannt worden sei. Aber es sei nicht deutlich gemacht worden, aus welchem Teil der Ukraine Herr Dr. Tsoglin genau stamme. Zum Beispiel sehen sich die Leute, nach den letzten Ereignissen wie z. B. auf der Krim, eher als Russen. Er habe auf den Plakaten alles so übernommen, wie das dort gestanden habe.

Auch habe nicht nur Rentner da gestanden, sondern es seien auch Titel und Bereich, Dr. Ingenieur der Kernenergie, aufgeführt gewesen.

Die zwei aufgetretenen Fehler seien sehr ärgerlich und es sollte in der AG Wahlen ein System gewählt werden, wo im Voraus intensiv geprüft werde.

Frau Winkler sei der Bitte von Herrn Dr. Tsoglin nachgekommen und habe die Information über falsche übermittelte Daten an Herrn Teuke weitergeleitet. Es werde vermutet, dass die Fehlerquelle in der neuen Software begründet liege und der Vorfall werde sehr bedauert.

In Zukunft müsse stärker darauf geachtet, die veröffentlichten Datensätze zu prüfen und diese ggf. zu korrigieren.

Herr Lalonde verweist darauf, dass es zwei Vorstellungsrunden gegeben habe. Dort habe man auch die Möglichkeit gehabt, über seine Tätigkeiten und über persönliches Engagement zu berichten.

Herr StR Hoffsommer betont ganz deutlich, dass unabhängig von Wahlergebnissen und dergleichen es nicht angehe, dass Wahlzettel fehlerhaft seien. Wenn er es richtig verstanden habe, sei sogar vor der Wahl auf den Fehler aufmerksam gemacht worden und da sei dies noch weniger zu verstehen.

Er schlägt vor, dass der Ausländerbeirat von der Verwaltung eine schriftliche Stellungnahme abfordere, wie es passieren könne, obwohl man davon Kenntnis gehabt habe, dass man nicht in der Lage gewesen sei, die Fehler zu beseitigen bzw. dass der Ausschuss nicht drüber informiert worden sei.

Frau StRin Malberg könne so eine Verfahrensweise auch nicht verstehen und sie könne nicht glauben, dass hier tatsächlich ein Softwarefehler vorliege.

Sie schließe sich der Meinungsäußerung von Herrn StR Hoffsommer voll und ganz an und es sei nicht zu dulden, dass trotz Hinweise fehlerhafte Wahlzettel ausgereicht worden seien. Dennoch gebe sie zu bedenken, wenn die Wahl angefochten werde, müsse die Wahl wiederholt werden und sie frage sich, ob das so, im Großen und im Ganzen von den Mitgliedern des Ausländerbeirates gewollt sei.

Frau Winkler stellt heraus, dass sich darüber in der neu zu gründenden AG-Wahl ganz eindringlich verständigt werden müsse. Gleichzeitig aber auch der Verwaltung gegenüber deutlich klar gemacht werden müsse, dass eine Ausländerbeiratswahl als eine genauso wichtige Wahl anzusehen sei, wie die zwei großen Wahlen, welche auch am 25. Mai 2014 stattgefunden haben.

Herr StR Dr. Reuther merkt an, dass der Stadtrat das Wahlergebnis dieser Wahl bestätigen müsse. Er gebe das als Auftrag an die Verwaltung, bis zu diesem Zeitpunkt gute Argumente vorzulegen, damit dem zugestimmt werden könne. Auch müsse eine Prüfung gefordert werden, damit nicht am Ende eine ungültige Wahl vorliege und diese wiederholt werden müsse.

Herr Dr. Mamedow war auch, wie Herr Dr. Tsoglin, sehr betroffen. Bei ihm sei eine falsche Berufsbezeichnung auf dem Wahlschein vermerkt gewesen. Er habe überlegt, dagegen in Widerspruch zu gehen und er habe auch in Erwägung gezogen, vor Gericht zu gehen. Dies habe er dann verworfen, da er sich dessen bewusst war, was für Mühe, Zeit und Aufwand hinter so einer Wahlvorbereitung und Wahl stehe.

Wenn er über die gravierenden Fehler nachdenke, könne man davon ausgehen, als ob Dresden das erste Mal eine Wahl des Ausländerbeirates durchgeführt habe. Dabei gebe es diese seit 1999 und so etwas sei noch nie vorgekommen.

Er erwarte einfach, dass konkret festgestellt werde, wer diese Fehler zu verantworten habe und spreche sich ebenfalls für eine Stellungnahme seitens der Verwaltung aus.

Es gehe um einen demokratischen Prozess und nach Sachlage schlägt **Herr StR Hoffsommer** vor, dass der Vorsitzende sich mit dem zuständigen Amt und dem entsprechenden Bürgermeister in Verbindung setzen solle, um das in einer Sondersitzung zu besprechen. Er finde es erstaunlich, dass zu diesem Thema keine Auswertung der Verwaltung vorliege und nicht offiziell informiert worden sei.

Herr Lalonde fasst alle Vorschläge zusammen:

1. In der heutigen Sitzung eine Stellungnahme zu verfassen und abstimmen zu lassen.
2. Einen Beschwerdebrief an die Oberbürgermeisterin und an die jeweiligen Bürgermeister zu schicken.
3. Eine Sondersitzung zu dem Thema durchzuführen.

Frau StRin Malberg wolle noch einmal konkret wissen, wie viel Fehler wirklich aufgetreten seien und was auf den Wahlzetteln falsch ausgewiesen war.

Herr Lalonde antwortet, dass 2 Fehler aufgetreten seien. Einmal sei die Nationalität und einmal der Beruf falsch benannt worden.

Herr Dr. Mamedow sei Berater für Ausländer und kein selbstständiger Berater.

Herr Dr. Tsoglin sei Ukrainer und komme nicht aus der russischen Förderation.

Frau StRin Malberg merkt an, dass das die Kandidaten seien, welche gewählt werden wollten und gewählt worden seien und mit diesem Ergebnis solle man zufrieden sein. Die Wahl müsse nicht zwingend infrage gestellt werden.

Herr Özbingöl stellt fest, dass eine rechtliche Überprüfung veranlasst werden könnte, aber er sehe es ähnlich, wie von Frau StRin Malberg eben ausgeführt.

Herr Prof. Hyman meint, dass zumindest dem Amt anzuzeigen sei, dass Fehler passiert seien.

Frau StRin Malberg betont, wenn man offiziell auf die Fehler hinweise, dann müsse gehandelt und die Wahl neu durchgeführt werden.

Herr StR Hoffsommer merkt an, wenn er das richtig verstanden habe, liege dem Wahlausschuss ein Widerspruch vor und er wisse nicht, ob mit dieser Wahl und den besonderen Regelungen, der Wahlausschuss überhaupt zuständig sei. Man solle der Verwaltung und dem Rechtsamt die Zeit geben, sich die Lage auf rechtlicher Ebene anzuschauen, um zu sehen, was das für Auswirkungen mit sich bringe.

Herr Dr. Mamedow könne die Anmerkungen von Frau StRin Malberg nicht verstehen und teilen. Wenn bei einer Wahl, angezeigten Fehlern nicht nachgegangen werde, könnten bei der nächsten Wahl wieder Fehler auftreten. Es gebe auch andere Probleme, welche sich im Verlauf der Wahl herausgestellt haben, die dann für die Zukunft abgestellt werden könnten.

Er fordert noch einmal ganz deutlich, dass geprüft und gesagt werden solle, warum gerade bei dieser Ausländerbeiratswahl diese Fehler begangen worden sind.

Herr An schließt sich der Meinung von Herrn Dr. Mamedow voll und ganz an und spricht sich für eine Stellungnahme durch die Verwaltung aus. Es habe in der Vergangenheit sehr viel Probleme mit der Verwaltung gegeben. Es sei nicht nur einmal vorgekommen, dass der Ausländerbeirat Vorschläge an den Stadtrat getragen habe, es Beschlüsse gegeben habe und die Verwaltung einfach nicht reagiert bzw. diese ignoriert habe.

Frau Winkler denke, dass man sich relativ einig sei, dass man das so nicht im Raum stehen lassen könne. Entscheidend dabei sei jedoch, welche Form man wähle. Es gebe die Möglichkeit eine Sondersitzung mit allen Konsequenzen durchzuführen oder man nehme die Problematik in die zukünftige AG-Wahlen mit, die wie sich zeige, sich als dringend notwendig erweise.

Frau StRin Malberg möchte wissen, was Herr An damit meine, dass die Verwaltung Beschlüsse vom Stadtrat hintertreibe, und wolle ganz konkrete Beispiele benannt haben.

Herr An erläutert, in der letzten Wahlperiode sei beschlossen und die Oberbürgermeisterin beauftragt worden, dass die Mitarbeiter in der Ausländerbehörde ein Namensschild tragen sollten. Das sei ignoriert worden und wäre nur ein Beispiel.

Frau StRin Malberg entgegnet, dass Namensschilder bei jedem Bearbeiter auf dem Schreibtisch stehen würden.

Herr An behauptet das Gegenteil.

Herr Lalonde bevorzuge, nach allem Gehörten, einen Brief an die Oberbürgermeisterin zu schreiben und das Anliegen des Ausländerbeirates darzulegen, um deutlich zu machen, was nicht zu akzeptieren sei. Persönlich habe er kein Interesse, die Wahlen erneut zu organisieren und durchzuführen und er gehe davon aus, dass der Ausländerbeirat mit einem Brief ernst genommen werde.

Herr Lalonde schlägt vor, dass er als Vorsitzender einen Brief an die Frau Oberbürgermeisterin Orosz weiterleiten werden, in dem alle Kritikpunkte, welche heute im Raum gestanden haben, aufgeführt seien. Er werde auch deutlich machen, dass der Ausländerbeirat eine Erklärung und eine Entschuldigung erwarte.

Frau StRin Malberg wirft ein, dass nicht vorgeschlagen werden könne, dass keine neuen Wahlen gewollt seien. Wenn sich dem Problem angenommen und an die Verwaltung herangetragen werde, dass einige Wahlzettel falsche Informationen beinhaltet haben, dann sei die Wahl zu wiederholen.

Herr StR Hoffsommer wolle beantragen, dass die Mitglieder des Ausländerbeirates den Vorsitzenden Herrn Lalonde beauftragen, ein Gespräch mit der Oberbürgermeisterin zu diesem Thema zu führen. So könne die differenzierte Position dargestellt werden und über Lösungswege nachgedacht werden.

Frau Contreras stellt heraus, dass es sich hier eindeutig um eine juristische Frage handele. Entweder sei die Wahl mit ihren Formalitäten rechtswidrig oder nicht.

Herr Hyman fragt, ob nun geklagt werden solle.

Frau StRin Malberg macht noch einmal ganz deutlich, wenn die Verwaltung bzw. das Rechtsamt wesentlich Fehler begangen habe und beinhalten Wahlzettel falsche Aussagen bzw. Informationen, dann müsse die Wahl definitiv wiederholt werden. Das sei eine klare rein juristische Sache.

Auch ihr Vorschlag sei, dass sich der Vorsitzende mit der Oberbürgermeisterin an einen Tisch setzen und die Situation mit klaren, deutlichen Worten darlegen solle.

Herr Dr. Mamedow konstatiert, dass der Antrag gestellt worden sei und er bitte darum, diesen abzustimmen.

Herr Lalonde bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

Der Vorsitzende führt ein vier Augen Gespräch mit der Oberbürgermeisterin, um ihr alle Beschwerden und Kritikpunkte des Ausländerbeirates aufzuzeigen.

Das Gremium stimmt dem mit **8 Ja / 4 Nein / 5 Enthaltungen** zu.

Der Vorschlag zur Beauftragung der Verwaltung, seitens Herrn StR Hoffsommer, Herrn StR Dr. Reuther und Herrn Dr. Mamedow, eine Stellungnahme zu erbringen, sei somit hinfällig.

5 Bericht über zwei Asylbewerberheime

Herr Bauer (Sozialamt) berichtet über das Heim Pillnitzer Landstraße. Zum Betreibervertrag könne er sagen, dass dieser am 31. Dezember 2015 ende und weiter verlängert werde. Bis dahin müsse überlegt werden, wo man diese 103 Plätze an anderer Stelle neu schaffe und es müsse ein geeigneter Standort gefunden werden.

Um weitest gehend Konflikte zu vermeiden, sei man mit dem Betreiber weiter in Verhandlung getreten und seit dem 15. April 2014 gebe es in dem Haus einen Wachschutz, welcher täglich von 5.00 - 22.00 Uhr anwesend sei. Der Betreiber habe zugesichert, etwas an der Außenanlage zu verbessern. In den Bewohnerzimmern laufen gegenwärtig Renovierungsarbeiten und es werde auch die Einrichtung verbessert. In den Küchen seien die Elektrogeräte ausgetauscht worden.

Der Betreiber habe mittlerweile die neuen Klauseln im Betreibervertrag akzeptiert und so sei die Verwaltung vertragsmäßig noch mal ein Stück weit in einer stärkeren Position und könne somit schneller agieren. Die Kontrollen zur Einhaltung werde man regelmäßig weiter durchführen.

Frau Contreras erörtert, dass es einen Gebädetrakt gebe, wo allein stehende Männer mit verschiedenen Nationalitäten miteinander wohnen. Herr BM Seidel habe sich mit einigen Bewohnern unterhalten und es habe sich herausgestellt, dass in diesem Gebäude seit ein paar Monaten auch eine junge Frau untergebracht sei. Diese habe von großen Ängsten berichtet und darum gebeten, eine Lösung zu finden, was auch recht schnell geschehen sei.

Dass sie als einziges ausländisches Mitglied des Ausländerbeirates an dieser Besichtigung teilgenommen habe, wolle sie noch kurz über ein Ereignis berichten. Sie sei vor allen dafür zurechtgewiesen worden, dass sie an Zimmertüren klopfte, um unmittelbar mit den Bewohnern zu sprechen. Für sie habe sich der Eindruck ergeben, dass das Interesse vordergründig nur den materiellen Sachen gegolten habe und nicht die persönliche Lebenssituation der Menschen. Darüber habe sie sich sehr geärgert.

Frau StRin Malberg fragt noch einmal genau nach, wie es zu der Zurechtweisung gekommen sei und **Frau Contreras** schildert den Vorfall erneut.

Herr Lalonde erwähnt, dass auch ein Kontrollbesuch auf der Florian-Geyer-Straße stattgefunden habe, an dem auch Mitglieder des Ausländerbeirates teilgenommen hätten. Dieses Heim sei voll belegt, und die Renovierungsarbeiten in den Küchen und Badezimmern werde voraussichtlich im Juli 2014 beginnen.

Es wurde sich über die Länge der Aufenthalte erkundigt und da seien die Zeiträume sehr unterschiedlich. Längere Aufenthalte seien mitunter darin begründet, dass die Familien dort bleiben wollten und man habe signalisiert, dass man sich wohlfühle.

Um einen Teil der schlechten hygienischen Bedingungen zu beseitigen, seien in Abständen Schädlingsbekämpfer vor Ort im Einsatz.

Die Sicherheit allgemein habe sich verbessert und es gebe keine gravierenden Vorfälle. Wenn es Schwierigkeiten gebe, dann gebe es die hauptsächlich mit tunesischen Bewohnern und hierauf solle der Ausländerbeirat im nächsten Jahr mehr Augenmerk legen.

Seine persönliche Einschätzung sei, dass sich das Florian-Geyer-Heim in einem besseren Zustand befinde als das Heim auf der Pillnitzer Landstraße. An erster Stelle sehe er die Buchenstraße.

Herr Lalonde möchte von Herrn Bauer wissen, ob schon bekannt sei, wann die Renovierungsarbeiten im Heim Florian-Geyer tatsächlich beginnen.

Herr Bauer erwähnt, dass es bei den Renovierungsarbeiten nicht nur um die Küchen und Bäder gehe, sondern umfasse auch den Brandschutz im Objekt. Über den Betreibervertrag, welche mit der GAGFAH abgestimmt worden sei, werde sich die Stadt mit 295.000 Euro an den Kosten beteiligen. Für die Renovierungsarbeiten gebe es eine Zeitschiene, um gegenseitige Behinderungen zu vermeiden. Über den Verlauf im Bereich des Brandschutzes sei man mit der GAGFAH in Gesprächen. Die Baugenehmigung liege seit Ende 2013 vor und jetzt könne damit begonnen werden die Maßnahmen umzusetzen.

Er möchte ergänzend hinzufügen, dass auch die soziale Betreuung in diesem Objekt ausgeweitet worden sei.

Herr Dr. Tsoglin möchte wissen, ob Ergebnisse vorlägen, wie lange die Aufenthalte in diesem seien und welche Möglichkeiten es gebe, diese zu verkürzen.

Herr Lalonde wiederholt, dass Bewohner zwischen 2 Tagen und 11 Jahren dort wohnen. Über die durchschnittliche Wohndauer gebe es keine Erkenntnisse. Nach den Renovierungsarbeiten werde man vergleichen und analysieren, ob sich die Situation geändert habe.

Herr StR Hoffsommer merkt an, dass es schwierig sei, Angaben über einen durchschnittlichen Aufenthalt zu machen. Da gebe es unterschiedliche Gründe. Seien es persönliche oder die Schwierigkeit einer dezentralen Unterbringung. Er fände es spannend, in einer der nächsten Sitzungen des Ausländerbeirates, das Thema „Verweilzeiten“ zu behandeln.

6 Vorbereitung "Runder Tisch Asyl"

Frau Dr. Cordts (Sozialamt) berichtet, dass seit November 2013 Sozialarbeiter für die Betreuung von Asylbewerbern tätig seien. Diese seien erst einmal für Asylbewerber zuständig, welche man gegenwärtig aufnehme, um den Aufnahmeprozess zügig zu gestalten. Man werde diese aber auch in den Gemeinschaftsunterkünften von Asylbewerbern einsetzen.

Die Schwierigkeit liege in den Kapazitäten begründet. Die Sozialarbeiter zahle man momentan aus den eigenen kommunalen Mitteln. Das Land habe signalisiert, dass die Gelder bereitgestellt werden sollen, jedoch sei die Finanzierung noch nicht abgeschlossen. Zurzeit werde ein Sozialarbeiter für 200 Asylbewerber eingesetzt. Wenn die Finanzierung geklärt sei, könne mit dem Schlüssel, ein Sozialarbeiter auf 150 Asylbewerber, gerechnet werden.

Um die Betreuung der Asylbewerber zu optimieren, knüpfe man, mit Unterstützung des Sozialamtes Kontakte, um auch entsprechende Netzwerke vor Ort mit einzubeziehen. Man nehme an Stadtteilrunden teil und leiste u. a. Aufklärungsarbeit. Man versuche, dass Kinder und Jugendliche entsprechende Angebote nutzen und dass die älteren Asylbewerber auch Seniorenbegegnungsstätten aufsuchen und annehmen.

Aufgefallen sei, dass es zukünftig Entwicklungen zu berücksichtigen gebe, wo es gegenwärtig nicht als sinnvoll erscheine. Das müsse man von Region zu Region einschätzen und diskutieren. Das seien alles Themen, welche in einem stadtweiten Gremium angesprochen werden sollten und das sei die Idee, welche hinter dem "Runden Tisch" stehe. Das sei die Idee, welche hinter dem „Runden Tisch Asyl“ stehe.

Es sei geplant, ein Arbeitsbündnis mit mindestens 50 Personen zu schaffen. Man wolle z. B. Experten, professionelle Mitarbeiter und ehrenamtlichen Engagierten, welche über Erfahrungen in der Arbeit mit Asylsuchenden bzw. Flüchtlinge verfügen, mit einladen. Es solle eine Struktur aufgebaut werden, aber man wolle vorhandene Netzwerke nicht ausschließen. Von der Zielstellung her wolle man, mit bürgerschaftlich Engagierten und Multiplikatoren, eine Plattform für einen offenen Dialog auf gesamtstädtischer Ebene schaffen.

Frau Dr. Cordts informiert, dass am 6. Juni 2014 ein Gespräch, mit dem Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung stattgefunden habe. Man stehe noch im Gespräch und es sei geplant, eine Auftaktveranstaltung, unter externer Moderation, zu organisieren. Als Termin sei der 7. Juli 2014 vorgesehen und solle von 9.00 - 12.30 Uhr, in der sächsischen Landeszentrale stattfinden. Hierzu verschicke das Sozialamt in den nächsten Tagen Einladungen.

Herr An begrüße das Arbeitsbündnis „Runder Tisch Asyl“ und wolle wissen, warum man nur 50 Personen einladen wolle. Auch vertrete er die Meinung, dass mehr Kritiker gegenüber Asylsuchenden zu der Auftaktveranstaltung „Runder Tisch Asyl“ eingeladen werden sollten, damit die Politik der Stadt zu der Thematik besser verstanden werde.

Frau Dr. Cordts werde die Anregung mitnehmen.

Herr Özbingöl regt an, dass neben dieser Runde so eine Art Workshops durchgeführt werden sollten, damit mehr verschiedene Bereiche angesprochen werden könnten.

Frau Dr. Cordts informiert, dass es sich am 07. Juli 2014 um eine Auftaktveranstaltung handle und dass es zwei bis drei weitere Runden geben werde.

Herr Lalonde habe es so verstanden, dass der Ausländerbeirat das Thema besser nach außen tragen wolle. Es solle als Aufgabe der Stadt gesehen werden, um den kritischen Parteien, den Ängsten der Bürger und negativer Stimmung besser entgegen zu wirken. Die Idee sei eigentlich gewesen, dass unter Leitung der Oberbürgermeisterin diesbezüglich eine Bürgerrunde durchgeführt werden sollte.

Herr StR Hoffsommer macht deutlich, dass es verschiedene Herausforderungen gebe und er gehe davon aus, dass nicht alles in einer Runde angesprochen werden könne. Das Thema „Zunahme von Flüchtlingen“ u. a. seien durchaus Themen, welche man in einem Netzwerk an einem runden Tisch diskutieren könne. Der runde Tisch solle so offen sein, damit von allen Teilnehmern und der Stadtverwaltung Wünsche hervorgebracht werden könnten, um auch eine bedarfsorientierte Erweiterung zu erreichen.

Herr Dr. Tsoglin äußert, dass zum Ersten deutlich gemacht werden müsse, was mit dieser Runde für ein Ziel erreicht werden solle. Sein Vorschlag sei, dass zu den 50 Personen auch Vertreter, welche bereits integriert seien, eingeladen werden sollten. Diese könnten die Lage der Asylsuchenden am besten einschätzen und sich gut einbringen.

Frau Contreras schließt sich der Wortmeldung von Herrn Özbingöl an und unterstütze seinen Vorschlag.

Frau Dr. Cordts begrüßt die vielen Anregungen aus dem Ausländerbeirat und sie denke, dass die Auftaktveranstaltung ein wichtiger Anfang sei, auch um sich auch nach außen zu öffnen. Richtig sei, die Ziele genau zu bestimmen. Da biete sich an, ein Gremium zu schaffen, welches Asylbewerber mit einbeziehe, um auch Folgeveranstaltungen inhaltlich besser organisieren zu können. Die Idee, Workshops durchzuführen, finde sie gut. Dort könne man gezielt Themen erarbeiten und auswerten.

Die Einladung für die Auftaktveranstaltung werde an den Vorsitzenden Herrn Lalonde weitergeleitet.

7	Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Dresden	V2738/14 beratend
----------	---	------------------------------

Frau Winkler (GB 5 /Bildungsbüro) stellt die Vorlage zum Konzept vor und erläutert anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift beigelegt werde, das Anliegen.

Sie berichtet zurückblickend über die Entstehungsgeschichte, den Auftrag und die Struktur des Konzeptes. Sie benennt Handlungsziele und Maßnahmen, welche bereits umgesetzt bzw. welche geplant worden seien. Des Weiteren informiert sie über das Beteiligungsverfahren und die Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Konzeptes.

Herr Lalonde nimmt Bezug auf die Finanzierung für die geplante Erhöhung der Anzahl der Dresdner Ehrenamtspässe ab dem Jahr 2015 von 2.500 Stück auf 5.000 Stück. Er möchte wissen, ob die Finanzierung vonseiten der Stadt bereits beschlossen worden sei.

Auch interessiert ihn, inwieweit bekannt sei, wie viele Menschen mit Integrationshintergrund in Besitz eines Ehrenamtspasses seien und was könne getan werden, um ggf. noch mehr Migranten/Migrantinnen für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Frau Winkler antwortet, dass zu den zwei Geldpositionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, auch im Finanzausschuss, beraten werde und der Stadtrat im Juli darüber entscheiden werde.

Zur zweiten Frage könne sie sagen, dass sich Migranten/Migrantinnen zu 29 % mit engagieren. Das zeige, dass man bemüht sei, sich intensiv in die Gesellschaft zu integrieren bzw. einzubringen. Im Detail könne sich darüber im neuen Integrationskonzept und im Bildungsbericht informiert werden. Momentan könne sie keine Aussage treffen, wie viel Menschen mit Migrationshintergrund in Besitz eines Ehrenamtspasses seien.

Herr Levenfus fragt, ob sich bei der Gestaltung des Ausweises etwas ändere und ob sich eine Verbesserung der Nutzung von Räumlichkeiten ergeben habe.

Frau Winkler erklärt, dass es sich bei dem angezeigten Ausweis von Herrn Levenfus nicht um den Ehrenamtspass der Stadt Dresden handle, sondern um die sächsische Ehrenamtskarte und erläutert den Unterschied. So könne man z. B. mit dem Ehrenamtspass wesentlich mehr Angebote in der Stadt nutzen.

Genauere Informationen erhalte man auf der Homepage. Dort könne man sich auch über die Nutzung von Räumlichkeiten und deren Bedingungen ausreichend erkundigen. Weiterhin könne man sich auch bei freien Organisationen, wie z. B. in Seniorenberatungsstellen, Kinder- und Jugendhilfe u. a., informieren. Eine Nutzung der Räumlichkeiten stehe jedem frei und sei nicht an einen Ehrenamtspass usw. gebunden.

Herr Hoffsommer merkt an, dass im Sozialausschuss über die Zahlen der Asylbewerber informiert worden sei. Für die Landeshauptstadt sei in diesem Zusammenhang das bürgerschaftliche Engagement wichtig und eine tragende Säule. Er möchte wissen, welche Herausforderungen sich für die Verwaltung ergeben und wie schnell dementsprechende Maßnahmen ergriffen werden könnten.

Frau Winkler berichtet, dass man in einer Arbeitsgruppe über Strukturen diskutiere, diese aufbaue und eingebrachte Erfahrungen nutze.

Herr Dr. Tsoglin teilt mit, dass sich sein Verein, im Bereich der Bürgerstiftung, an Projekten in Sachsen beteilige. Er sei davon ausgegangen, dass sich alle Aktivitäten und Maßnahmen unter diesem Projekt, in erster Linie auf die Stadt Dresden beziehe. Er fragt, wie zwischen sächsischem und städtischem Engagement unterschieden werde.

Frau Winkler verweist abermals auf die Homepage. Hier könne sich der Nutzer umfänglich über Modalitäten, Fristen und Zeiten informieren. Diese seien sehr einfach dargestellt. Wer und in welchem Rahmen ein Dank ausgesprochen werde, liege ein Stück weit in der Verantwortung desjenigen, welcher einen engagierten Bürger vorschlage.

Herr StR Muskulus konstatiert, dass festgestellt worden sei, dass die Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber den deutschen Engagierten gleich groß sei. Ihn interessiert, ob die Strukturen in Richtung bürgerschaftlichen Engagements, welche die Stadt mit den Vereinen bereits entwickelt habe, ausreichend sei oder ob weitere zusätzliche bzw. besondere, spezifische Angebote notwendig seien, um die Förderung ehrenamtlichen Engagements, im Umgang mit ausländischen Mitbürgern dieser Stadt, weiter voranzubringen.

Zum generellen Verständnis, das Ehrenamt betreffend, fragt er sich, ob mit dem Ehrenamtspass, für alle geleisteten Tätigkeiten diese Art von Anerkennung tatsächlich ausreichend sei.

Frau Winkler erläutert, dass es in den Bereichen, wo sich deutsche für Integration engagieren, großes Interesse bestehe und viel in Bewegung gekommen sei. Dennoch gebe es noch Entwicklungsmöglichkeiten sowie Potenziale zur Unterstützung und Begleitung von Asylsuchenden. Das sei alles im Aufbau und aus diesem Grund könne noch keine Bewertung vorgenommen werden.

Bezogen auf die Umsetzung des lokalen Handlungsplanes Demokratie, sei neben der Fachstelle und der Ausreichung von Finanzen, allgemein noch ausreichend Potenzial vorhanden und es gebe noch genügend Gestaltungsspielraum.

Auf die Frage, ob der Ehrenamtspass alle Anerkennungen abdecke, müsse gesagt werden, dass dieser Pass eine von vielen Möglichkeiten der Würdigungsformen sei. Es solle damit eine Wertschätzung bekundet und Dank ausgesprochen werden. Es gebe auch viele Menschen, die ihr bürgerschaftliches Engagement als Bestätigung und Erfolg sehen. Das sei ihnen Anerkennung genug, stärke sie in ihrer Motivation und bedürfe keiner gesonderten Würdigungsform.

Durch die unterschiedlichen Einstellungen sei die Vielfalt der Angebote von Würdigungen wichtig und sollte nicht verpauschalisiert werden.

Herr StR Hoffsommer sei froh, dass das Konzept vorliege. Er sei dennoch der Meinung, dass das Thema „Neue Engagementformen“ einen Platz in der Fortschreibung und in der Weiterentwicklung finden müsse.

Herr Levenfus merkt an, dass die Empfehlungen der Ortschaften mit Zustimmung für dieses Konzept vorlägen. Er wolle wissen, ob diese, was die Räumlichkeiten angehe, bindend seien.

Frau Winkler bejaht.

Herr Dr. Tsoglin begrüßt ein Dankeschön von offizieller Seite ohne materiellen Wert. Er sei davon überzeugt, dass diese Art von Würdigung Anerkennung ausdrücke und auch wert- bzw. ehrenvoller sei. Natürlich könne innerhalb des Projektes, durch den Geschäftsführer oder Vorsitzenden noch eine andere Form der Würdigung ausgeübt werden.

Herr Lalonde teilt Frau Winkler mit, dass sich Herr An mit seinen Fragen per Mail an sie wenden werde.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und der Vorsitzende bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|----------|--|------------------------------|
| 8 | Errichtung eines Wohnheimes für besondere Bedarfsgruppen als öffentliche Einrichtung gemäß § 7 Absatz 4 Buchstabe I der Hauptsatzung i. V. m. § 10 Abs. 2 SächsGemO (Sächsische Gemeindeordnung) im Objekt "Leipziger Straße 169" in 01139 Dresden, Gemarkung Trachau, Flurstück Nr. 99 | V2755/14
beratend |
|----------|--|------------------------------|

Herr Bauer vom Sozialamt, stellt die Vorlage vor und begründet anhand einer Präsentation (Anlage zur Niederschrift) das Anliegen.

Er benennt die aktuellen Antragszahlen (Stand April 2014) und zeigt gleichzeitig die Entwicklung im Jahresverlauf auf. In der Darstellung werde prozentual deutlich gemacht, aus welchen Herkunftsländern die Asylsuchenden stammen.

Weiter berichtet er über aktuelle Kapazitäten in den Übergangswohnheimen und in Wohnungen. Aufgrund der hohen Zugangszahlen sei man froh, ein weiteres Objekt angeboten bekommen zu haben. Er erläutert die Gebäudestruktur und informiert in Auszügen über den Betreibervertrag, welcher u. a. auch die Betreiberleistungen beinhalte.

Herr Lalonde möchte wissen, ob man den zukünftigen Betreiber schon kenne oder ob es sich um einen neuen Betreiber handle.

Herr Bauer antwortet, dass der Betreiber bekannt sei und auch zukünftig wolle man auf kompetente Betreiber zurückgreifen.

Herr StR Muskulus fragt, ob sich nach dem Stadtratsbeschluss jeder Betreiber auf die Ausschreibung bewerben könne.

Herr Bauer merkt an, dass der Eigentümer, mit dem der Mietvertrag geschlossen werde, nicht derjenige sei, mit dem man den Betreibervertrag schließe. Auf die öffentliche Ausschreibung könne sich jeder bewerben, dennoch werde gezielt auf Betreiber hingewiesen, mit denen man gute Erfahrungen gemacht habe. Kriterium werde immer der Betreibervertrag sein, welcher mit hohen Standards unterlegt sei und nur wer diesen uneingeschränkt akzeptiere, komme in diesem Ausschreibungsverfahren weiter.

Mit dieser Verfahrensweise wolle man sich die Qualität vor Ort sichern.

Herr StR Muskulus möchte die Namen des Eigentümers und des Betreibers wissen.

Herr Bauer nennt als Eigentümer Herrn Jahn und als Betreiber die HUMAN-CARE GmbH.

Herr StR Muskulus konstatiert, dass bei den im letzten Jahr geschlossenen Betreiberverträgen ungefähr 10,00 Euro pro Asylbewerber und Übernachtung in Ansatz gebracht worden seien. Bei diesem Objekt werde sich der Betrag voraussichtlich bis Ende des Jahres auf 15,00 Euro erhöhen. Dazu wolle er wissen, warum hier mehr Kosten angebracht seien, als beispielsweise auf der Großenhainer Straße.

Herr Bauer erläutert, dass speziell auf der Großenhainer Straße der Eigentümer und der Betreiber dieselben seien und dadurch fallen keine Mietkosten an.

Seien Betreiber und Eigentümer unterschiedlich, müsse der Betreiber einen Untermietvertrag mit dem Regiebetrieb abschließen und diese Mietkosten seien dann im Kostenblatt aufgeführt. Die hochgerechneten 15,00 Euro seien aufgrund von jetzigen Erfahrungen veranschlagt worden. Ganz aktuell habe der Betreiber einen Kostensatz von 4,88 Euro. Hier seien viele Positionen, so z. B. auch die Mietkosten und Anliegerpflichten, nicht enthalten.

Das Betreiberentgelt werde nach den tatsächlichen Nachweisen errechnet und somit differenziere der Betrag zwischen den jeweiligen Heimen.

Herr StR Naumann fragt, ob der benannte Eigentümer nur Jahn heiße, oder handele es sich um eine GbR.

Herr Bauer bestätigt, dass es sich um eine GbR handele und Herr Jahn der Eigentümer sei, welcher im Grundbuch eingetragen sei.

Herr StR Naumann berichtet von einem Verein und da habe man schlechte Erfahrungen mit diesem Eigentümer gemacht. Diesbezüglich werde man sich der Stimme enthalten.

Man stehe seit Oktober 2013 mit Herrn Jahn in Verbindung und **Herr Bauer** könne bisher nichts Negatives sagen.

Herr Lalonde interessiert, warum der Eigentümer dieses Objekt zur Nutzung angeboten habe.

Herr Bauer sagt, dass vonseiten der Verwaltung nachgefragt worden sei. In der Vergangenheit sei dieses Objekt als Ferien-Wohnungsbetrieb genutzt worden. Die Anfragen seien rückläufig gewesen und aus unternehmerischen Gründen, habe man sich nach Alternativen umgesehen. Man habe das Objekt an einen Mieter und im Ganzen vermieten wollen und aus diesem Grund sei man in Kontakt gekommen.

Es gibt keine weiteren Fragen und **Herr Lalonde** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5

9 Informationen/Sonstiges

Herr Lalonde erinnert an die Gedenkfeier Marwa El-Sherbini am 1. Juli 2014, ab 17:00 Uhr, vor dem Landgericht. Am 11. Juni findet dazu ein letztes Vorbereitungstreffen im Ausländerrat statt. Die Veranstaltung sei ähnlich geplant, wie die vom Gomondai-Tag 2013.

Als Nächstes geht er auf den Beschwerdebrief an die Oberbürgermeisterin ein. Grund sei gewesen, dass der Ausländerbeirat in der Beratungsfolge zu dem Thema „internationale Gärten“ nicht berücksichtigt worden sei. Das Antwortschreiben liege den Mitgliedern vor. Darin sei versichert worden, dass bei Themen, wo es auch um Migranten und Migrantinnen gehe, der Ausländerbeirat zukünftig Beachtung finden werde.

Auf Anfrage werde er den Beschwerdebrief nochmals per E-Mail an die Mitglieder versenden.

Im April habe der Verein Polonia e. V. an der Sitzung des Ausländerbeirates teilgenommen. Da sei die Frage von Frau David gestellt worden, ob muttersprachlicher Unterricht bei freien Trägern angeboten werde. Er habe sich an die sächsische Bildungsagentur gewandt und da sei mitgeteilt worden, dass es das nicht gebe. Wenn es ausreichend Teilnehmer geben würde, könne sie den Unterricht selbstständig durchführen. Sie habe berichtet, dass in Leipzig muttersprachlicher Unterricht angeboten werde und sie wolle sich dazu erkundigen. Sei das Ergebnis positiv, werde sich Herr Lalonde noch einmal an die sächsische Bildungsagentur wenden.

Am 17. Mai 2014 habe ein Partizipationsforum stattgefunden. Hauptidee sei gewesen, einen Landesintegrationsbeirat zu gründen. Es sei viel, auch mit Landesabgeordneten aus verschiedenen Parteien diskutiert worden. Am Ende des Tages habe es große Zustimmung gegeben und es spreche nichts dagegen, einen Landesintegrationsbeirat, so wie bereits in anderen Bundesländern, zu gründen. Nach den Landtagswahlen werde man nach dem 31. August wieder ins Gespräch kommen..

Herr Dr. Tsoglin merkt an, dass klar sei, welchen konkreten Aufgaben sich der Ausländerbeirat Dresden stelle. Für ihn sei völlig unklar, was der Landesintegrationsbeirat für Aufgaben haben werde und was erreicht werden solle. Die eigentliche Arbeit finde hier im Ausländerbeirat Dresden statt und er finde, dass auf Landesebene nicht viel mehr für die Migranten und Migrantinnen erreicht werden könne.

Herr Lalonde stellt klar, dass es genug Themen gebe, welche auf Landesebene entschieden werden und dort mit einem Mitglied des Ausländerbeirates Dresden vertreten zu sein, halte er für sehr wichtig. Wer dieser Vertreter sein werde, müsse in einer Wahl entschieden werden und es könne jeder für sich selbst entscheiden, ob er sich zur Wahl stelle oder nicht. Es handle sich hier um ein offizielles Gremium auf Landesebene und dieses sei in allen anderen Bundesländern bereits vertreten.

Herr StR Hoffsommer finde die Idee richtig und er mache deutlich, dass die Rahmenbedingungen, zur Finanzierung der Unterbringung von Asylbewerbern, auf Landesebene festgelegt werden. Er finde es wichtig, dass Vertreter und Vertreterinnen ausländischer Mitbürger auf Landesebene einen Platz haben, um mitreden zu können. Das sei verankert in Recht und Gesetz. Durch die Schaffung eines solchen Gremiums könne man konkrete Personen einladen und sichere sich auch eine Teilnahme dieser.

Herr Özbingöl schließt sich der Meinung von Herrn StR Hoffsommer an. Wenn man was erreichen wolle, müsse ein Gremium geschaffen werden, um mit Landtagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen, um auch in einer hohen Ebene über Probleme zu sprechen.

Herr Lalonde informiert über die interkulturellen Tage. Diese finden diesmal zwischen der alten und der neuen Legislaturperiode statt. Er werde versuchen bisherige und zukünftige Mitglieder des Ausländerbeirates zu erreichen. Die Veranstaltung des Ausländerbeirates finde am 29. September 2014, um 19.00 Uhr im OA Blasewitz statt.

Frau Winkler möchte positiv hervorheben, dass der Ausländerrat und die Stadtverwaltung einen neuen, inhaltlich und auch auf finanzieller Ebene einen deutlich besseren Vertrag, zur Ausrichtung der interkulturellen Tage abschließen. Es werde eine Summe in Höhe von 17.000,00 Euro zur Verfügung gestellt und es gebe eine Aufgabenübernahme durch die Verwaltung, bezogen auf zusätzliche Beantragungen bei verschiedenen Ämtern. Das erspare dem Ausländerrat zusätzliche Kosten.

In einer Woche werde sie das erste Mal den Facharbeitsgruppen den neusten Entwurf zur Umsetzung des Integrationskonzeptes zusenden, um u. a. wieder ins Gespräch zu kommen. Über den Sommerzeitraum werde sie dann die Anregungen einarbeiten, sodass im September bzw. Oktober eine öffentliche Beteiligung stattfinden könne.

Zur Thematik „Asyl rettet Leben“ habe sie von der evangelischen Landeskirche Plakate erhalten und mitgebracht.

Auch könne sie Positives zu den Dolmetscherkosten berichten. Bisher habe man, z. B. bei Arztbesuchen, durch ein umständliches Genehmigungsverfahren beim Sozialamt die 7,00 Euro Dolmetscherkosten beantragen müssen. Herr BM Seidel habe zugesichert, dass ab sofort die Asylsuchenden, wo sich eine Übersetzung notwendig mache, dass diese Kosten das Sozialamt übernehme.

Herr Mamedow wolle sich für den persönlichen Einsatz von Frau Winkler ganz herzlich bedanken.

In diesem Zusammenhang habe **Herr Lalonde** in einer E-Mail an die Oberbürgermeisterin darum gebeten, falls Frau Dr. Kruse, aus gesundheitlichen Gründen, nicht mehr als Integrations- und Ausländerbeauftragte (INAUSL) tätig werde und Frau Winkler, bisher als Vertreterin, eine sehr gute Arbeit leiste, dass man sie so lange wie möglich als INAUSL behalten wolle.

Herr StR Hoffsommer habe aus der Presse entnommen, dass Studenten der evangelischen Hochschule für soziale Arbeit, zu Bedürfnissen, Gefühlen und zur Situation von Flüchtlingen in Sachsen eine Studie betrieben haben. Diese werde am Abend des 19. Juni 2014, an der evangelischen Hochschule vorgestellt. Er regt an, dieses Thema in einer der nächsten Ausländerbeiratssitzungen in die Tagesordnung mit aufzunehmen, Studenten einzuladen, damit diese über die Ergebnisse dieser Studie berichten.

Zu der eben benannten Veranstaltung habe **Frau Winkler** eine allgemeine Einladung erhalten und diese bereits weiter versendet. Sie weist weiter darauf hin, dass unter dem Internetauftritt der Ausländerbeauftragten eine neue Rubrik „Aktuelles“ eingeführt worden sei, wo über Veranstaltungen informiert werde.

Herr Lalonde habe an die Mitglieder, zur Einschätzung der Arbeit des Beirates, Fragen geschickt. Unter anderem, was für Ziele erreicht worden seien, was sei bisher der größte Erfolg des Beirates, was sei in der Arbeit gut gelaufen und was eher weniger, seien wichtige Themen ausreichend behandelt worden und vieles mehr. Hier würde er sich über ein Feedback der Mitglieder freuen. Er fasst noch einmal kurz zusammen, was der Beirat in dieser Legislaturperiode alles geleistet habe.

Einzelne Mitglieder äußern sich über die Arbeit in den letzten fünf Jahren. Sehr wichtig sei die öffentliche Tagung des Ausländerbeirates. Man sei sich stets der Verantwortung in der Arbeit im Ausländerbeirat bewusst gewesen und sei auch mit sehr viel Freude an die Aufgaben herangegangen. Die Arbeit sei nicht immer einfach gewesen, aber es sei einiges erreicht worden. Viele Themen müssten zukünftig noch aufgegriffen werden. Den neuen Mitgliedern werde gratuliert und es werde deutlich gemacht, dass noch viel Arbeit vor dem neuen Ausländerbeirat liege, dieser aber auch an bereits erreichten anknüpfen könne.

Herr Lalonde wolle abschließend die Tagesordnung für die erste Sitzung am 7. Oktober 2014 in der neuen Legislaturperiode empfehlen und benennt die Themen.

1. Wahl der / des Vorsitzenden
2. Wahl der Stellvertreterin / des Stellvertreters des Vorsitzenden
3. Arbeitsthemen in der neuen Legislaturperiode 2014 - 2019
4. Gründung von Arbeitsgruppen
5. Aufgabenverteilung
6. Geschäftsstelle für den Ausländerbeirat
7. Information/Sonstiges

Es gibt keine weiteren Anmerkungen und **Herr Lalonde** schließt die 34. Sitzung des Ausländerbeirates.

Marc Lalonde
Vorsitzender

Birgit Vetter
Schriftführerin

Herr Andreas Naumann
Stadtrat

Herr Jens Hoffsommer
Stadtrat